

Vertrauen in Politik und Demokratie in Zahlen

Factsheet

MuP-Redaktionsteam

Überblick

Die Bürger_innen in Deutschland begegnen den politischen Entscheidungsträger_innen und politischen Organisationen zunehmend mit Distanz und Skepsis. In dieser **MuP-Praxishilfe** erfahren Sie, wie es laut Studien und Umfragen um das Vertrauen in die Politik und Demokratie bestellt ist.

Inhaltsverzeichnis

[Erhebung: Stiftung für Zukunftsfragen](#)
[Umfrage: Universität Hohenheim](#)
[Quellen und Verweise](#)

Erhebung: Stiftung für Zukunftsfragen

Lage laut einer repräsentativen Erhebung (September 2013) der Stiftung für Zukunftsfragen, für die über 2.000 Bundesbürger_innen in persönlichen Interviews befragt wurden.

Von einer großen Mehrheit der Deutschen, wird den gewählten Volksvertreter_innen die Kernkompetenz „**nachhaltige Gestaltung unseres Landes**“ abgesprochen.

Vertrauensverlust und Unzufriedenheit Jungwähler zeigen wenig Interesse

Von je 100 Befragten nennen als Grund für das Nichtwählen vieler Bundesbürger:



www.stiftungfuerzukunftsfragen.de

■ Gesamtbevölkerung ■ 18 bis 24 Jahre



- ◆ Nur 7 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass die Politiker_innen Deutschland „gut auf die Zukunft vorbereiten“.
- ◆ Neun von zehn Deutschen geben an: Politiker_innen sind nicht mehr ehrlich und Wahlversprechen werden nicht eingehalten.
- ◆ Fast ebenso viele bejahen, dass Parteien mehr am Machterhalt als am Wohl der Bürger_innen interessiert sind.

Das Vertrauen der Bürger_innen in politische Eliten und Parteien und zugleich das Zutrauen in den demokratischen Aufbau des Landes schwindet, so die Befunde der **FES-Studie** aus dem Jahr 2009 „Demokratie!- Nein Danke?“ von Serge Embacher, in der 2503 Deutsche ab 16 Jahren in einer repräsentativen persönlichen mündlichen Befragung ihr Urteil abgaben. In der folgenden Tabelle sind die Erwartungen und Einschätzungen gegenüber zentralen Elementen der Demokratie gegenübergestellt:

Elemente der Demokratie	Einschätzung der Wichtigkeit („sehr wichtig“)	Einschätzung der wirklichen Verhältnisse („trifft voll und ganz zu“)
... dass alle Bürger_innen vor dem Gesetz gleich sind.	74%	19%
... dass es sozial gerecht zugeht.	67%	12%
... dass jeder seine politischen Ansichten frei äußern kann.	67%	39%
... dass alle die Gesetze achten.	61%	11%
... dass alle Menschen gleiche Lebenschancen haben.	54%	9%
... dass die gewählten Politiker_innen ihre Politik weitgehend nach den Wünschen der Bürger_innen ausrichten.	53%	7%
... dass regelmäßige freie und geheime Wahlen stattfinden.	53%	53%
... dass die Arbeitnehmer_innen das Recht haben, für Arbeitsplätze und Lohnerhöhungen zu streiken.	52%	34%
... dass die Bürger_innen politisch so informiert werden, dass sie sich an der Politik beteiligen können.	46%	9%
... dass die Arbeitnehmer_innen in den Betrieben mitbestimmen können.	46%	15%
... dass man wählen geht.	45%	28%

Elemente der Demokratie	Einschätzung der Wichtigkeit („sehr wichtig“)	Einschätzung der wirklichen Verhältnisse („trifft voll und ganz zu“)
... dass eine starke Opposition die Regierung kontrolliert.	43%	15%
... dass die Rechte der Minderheiten gewährleistet sind.	40%	14%
... dass die Bürger_innen sich für gesellschaftliche Belange einsetzen.	38%	9%
... dass sich Bürger_innen politisch beteiligen.	36%	9%

Quelle: Studie der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen, 2013

Während die Studie feststellte, dass die rechtsstaatlichen Institutionen (wie Bundesverfassungsgericht, Gerichtsbarkeiten, Polizei) weiterhin hohes Vertrauen in der Bevölkerung genießen:

- ♦ sinkt das Vertrauen in die **demokratischen Prozesse** (z. B. im Bundestag und bei der Bundesregierung) und
- ♦ der Vertrauensverlust in die **politischen Eliten** (Parteien, Politiker_innen) fällt dramatisch aus.

Hinzukommt, dass auch die Problemlösungskompetenz von Demokratie immer mehr in Frage gestellt wird:

So antworteten Personen auf die Frage: „Wenn jemand sagt: Mit der **Demokratie können wir die Probleme lösen**, die wir in Deutschland haben. Würden Sie dem voll und ganz, eher, eher nicht oder gar nicht zustimmen?“:

- ♦ Nur 13 Prozent gaben an, dass sie „voll und ganz zustimmen“, dass wir mit der Demokratie in Deutschland Probleme lösen können. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten „stimmten eher zu“. Mehr als ein Drittel der Befragten stimmten nicht oder nur bedingt zu.

Umfrage: Universität Hohenheim

Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage des Fachgebietes Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim im Sommer 2013 beschäftigte sich u.a. mit der **politischen Kommunikation in Deutschland zur Eurokrise**, die die Deutschen als wichtigstes Thema, wenn es um Wirtschaftsfragen geht, benannt haben.

- !** **Auf den Punkt:** In dieser Befragung wurde zu einem Anliegen, das die Befragten als wichtigstes Thema in der Berichterstattung über Wirtschaft einstufen, gerade den politischen Entscheidungsträger_innen bzgl. der Kommunikation mit den Bürger_innen kein besonders gutes Zeugnis ausgestellt.

Und so schätzen die Befragten die **öffentliche „politische“ Kommunikation über die Eurokrise** ein:

- ◆ Nur 29 Prozent der Menschen glauben, dass Politiker_innen ihrer Aufgabe als Volksvertreter_innen nachkommen – Note „ungenügend“. Journalist_innen werden fast von der Hälfte der Bürger_innen (46 %) eher als Vertreter_innen ihrer Interessen wahrgenommen.

- ◆ **Nur 16 Prozent der Befragten sind mit den Inhalten der politischen Kommunikation im Zuge der Eurokrise zufrieden.** Am zufriedensten sind die Bürger_innen mit der Kommunikation der Journalist_innen, die im Ranking klar vorn liegen, obwohl die Volksvertreter_innen für die Kommunikation mit den Bürger_innen in erster Linie eigentlich „zuständig“ sind, sind diese weit abgeschlagen hinter den Journalist_innen und sogar den Unternehmen.
- ◆ **84 Prozent der Befragten sind überzeugt, die Politiker_innen sagen nicht alles Wichtige bei der Eurokrise - jedenfalls nicht die Wahrheit (89 %) - und dies dann auch noch unverständlich (82 %).**
 - Jeder Dritte (31 %) befürchtet z.B., dass die Demokratie in Deutschland durch die intransparenten Prozesse des politischen Krisenmanagements, aber auch der EU-Politik, Schaden nehmen könnte.
 - Dass die Krise – wie einige Politiker_innen Glauben machen wollen – ihren Höhepunkt bereits überschritten hat, denken nur gerade einmal 17 Prozent.
- ◆ Im Vergleich dazu glauben die Bürger_innen, dass Unternehmen zu 61 % und Medien nur zu 54 % nicht die Wahrheit sagen, wenn es um die Eurokrise geht. D.h. die Unternehmensinformationen (33 %) und vor allem die Medienberichterstattung (57 %) werden dbzgl. deutlich besser bewertet als die der Politik (11%).
- ◆ **71 Prozent der Menschen glauben nicht**, dass die politischen Volksvertreter_innen sich **für ihre Interessen** als Bürger_innen einsetzen.

Quelle: Repräsentative Bevölkerungsumfrage des Fachgebietes Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim, 2013

Quellen und Verweise

- ❖ In der **MuP-Praxishilfe** „Vertrauen schaffen! Politik und Glaubwürdigkeit“ gehen wir dem Vertrauensverlust auf die Politik näher auf die Spur und untersuchen, wie Politiker_innen, Medien und Zivilgesellschaft zu mehr Vertrauen in die Politik und ihre Institutionen beitragen können. Sie finden die Praxishilfe auf unserer Webseite unter Publikationen.